Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Über eine Spende würden wir uns sehr freuen!
DPG – IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10

Rundbrief Februar III 2023

DPG kritisiert Entscheidung des Deutschen Evangelischen Kirchentages zum Verbot der NAKBA-Ausstellung

Das Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. kritisiert die unbegründete Entscheidung des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT), die NAKBA-Ausstellung im 75. NAKBA-Gedenkjahr zu verbieten. Dies ist seit 2010 auf dem ökumenischen und seit 2013 auf allen Evangelischen Kirchentagen unbeanstandet möglich gewesen.

Das Verbot der NAKBA-Ausstellung auf dem Kirchentag vom 7.-11. Juni 2023 in Nürnberg ist ein unakzeptabler Akt der Zensur und des Eingriffs in die Meinungsfreiheit.

Diese willkürliche, möglicherweise auf Druck Dritter zurückzuführende Entscheidung widerspricht den eigenen Grundsätzen, Themen offen zu diskutieren und die Meinungsfreiheit zuzulassen.

Es reicht nicht aus, dass der Verein "Flüchtlingskinder im Libanon" als Herausgeber der NAKBA-Ausstellung einen Stand am Kirchentag, jedoch ohne die Ausstellung, betreuen darf. Die Verantwortlichen im DEKT werden aufgefordert, eine Begründung für die Ablehnung bekannt zu geben und ihre - für die DPG nicht nachvollziehbare - Entscheidung zu revidieren.

DPG-Zoom-Vortrag auf YouTube abrufbar

Aus aktuellem Anlass hat ***Nazih Musharbash,*** DPG-Präsident, einen Zoom-Vortrag zur umstrittenen neuen israelischen Regierung gehalten. Wunschgemäß wurde der Vortrag aufgezeichnet und ist nun abrufbar, unter:
https://www.youtube.com/watch?v=3cNt-rxAZv4

In diesem Videofilm erfahren Sie, wie Netanjahu die „korrupteste israelische Regierung" anführt und welche Auswirkungen seine Politik auf die israelische Bevölkerung und auf die PalästinenserInnen hat.

SPENDENAUFRUF

FÜR DIE OPFER DER ERDBEBEN-KATASTROPHE

IN DER TÜRKEI UND IN SYRIEN

IHRE ERBETENE SPENDE GEHT ZU 100% AN
ÄRZTE OHNE GRENZEN
WIR BITTEN UM IHRE HILFE UND IHRE SOLIDARITÄT

DPG – IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10
Bitte Namen und Anschrift bei der Überweisung angeben.

Leserbrief – Einseitige Solidarität
Kein Platz für Antisemitismus

Da ist sie wieder, die altbewährte und bekannte Stimme von Uwe Becker und auch Anderen – nicht nur in Frankfurt. Uwe Becker, der seit Jahren alles Erdenkliche unternimmt. um die bereits vor Beginn der Staatsgründung Israels bis heute stattfindende ethnische Säuberung Palästinas mit ihren Denk- und Verhaltensweisen gut zu heißen.

Wie immer, kein Wort über die menschenrechtlich engagierten jüdischen Organisationen innerhalb und außerhalb Israels, in Deutschland und weltweit. Kein Wort über die Verstöße der israelischen Regierungen gegen das Völkerrecht und die Beschlüsse der Vereinten Nationen des Europaparlamentes und des Deutschen Bundestages. Kein Wort gegenüber den ethnisch diskriminierenden unterschiedlichen Rechtssystemen und dem unterschiedlichen Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitswesen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Kein Kommentar zu der de facto Annexion des West Jordanlandes und der Abriegelung des Gaza Streifens

Kein Wort über die neue Regierung, an deren Spitze drei kriminelle Politiker stehen und der vierte soeben durch einen Beschluss des Obersten Gerichthofes mit 10:1 Stimmen aus dem Amt als Innen- und Gesundheitsminister entfernt wurde. [*Aber hier ist noch nicht aller Tage Abend. Soll doch ein Gesetz in Kraft treten, dass der Knesset erlauben soll, die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes durch Parlamentsbeschlüsse aufzuheben.]*

Es muss erlaubt sein, die nach EU-Recht nicht korrekt kenntlich gemachten Produkte der Siedler nicht zu kaufen und darauf hinzuweisen, dass sie auf enteignetem Boden gewachsen sind. Es muss erlaubt sein, über alle Gesetze und Praktiken zu informieren, z.B. auch das das 61-seitige "Verfahren für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Gebiet Judäa und Samaria *[ein Verweis auf das Westjordanland]". Dieses ersetzt ein dreiseitiges Dokument mit einem Verfahren, das erstmals im Dezember 2006 eingeführt wurde.* Es muss erlaubt sein, als Ärztin dem hippokratischen Eid zu folgen und Alle zu behandeln, und nicht, wie in Israel vorgesehen, wegen des „subjektiven Gefühls des Unwohlseins" auch eine Behandlung ablehnen zu dürfen.

Roger Waters nennt nicht antisemitische Narrative, [*wie von Frau Manuela Rottmann von den Grünen formuliert.*] Er folgt nicht einer parteilichen Haltung, die die Augen vor der Realität verschließt. Nicht nur seine, sondern auch meine Kritik ist Israel bezogen. Schließlich findet dieses Alles in Israel statt und nicht in der Antarktis. Auch in der Tradition meiner (jüdischen und christlichen) Vorfahren unterstütze ich das Eintreten für das gleichberechtige Leben Aller.

Wäre diese, von allen israelischen Regierungen betriebene Politik semitisch, dann, nur dann, wäre ich auch anti-semitisch. Aber zum Glück, beinhalten die Grundwerte aller Religionen, neben fundamentalistischen Äußerungen immer auch das Eintreten für die Menschenrechte.

Eva Renate Marx-Mollière, DPG-Mitglied, [*um diese Stellen gekürzt],* am 04.02.23 im Frankfurter Rundschau, in der "Regionalausgabe " Rhein Main im Lokalteil Frankfurt (+Wiesbaden, Mainz) erschienen

---

Briefmarke

Unser Antrag, anlässlich des 75. NAKBA-Gedenkjahres, eine Briefmarke drucken zu lassen, ist leider abgelehnt worden.

Die nächste Ausgabe des Palästina Journals beinhaltet einen Bogen mit klebbaren Etiketten zur persönlichen Verwendung.

Im SPIEGEL „Die radikalen Siedler ticken wie der Ku-Klux-Klan"

»Die radikalen Siedler ticken wie der Ku-Klux-Klan«

SPIEGEL-GESPRÄCH Israel wird als Demokratie gesehen, benimmt sich aber immer mehr wie eine reine Ethnokratie, sagt die Soziologin Eva Illouz. Unter der rechten Regierung stehe das Land vor einer der größten Krisen seit der Gründung. Wer ein Freund des jüdischen Staates sei, müsse nun die Stimme erheben.

Lisa Hörterer / DER SPIEGEL

Autorin Illouz: »Man sollte einen Staat nie so eng mit der Religion verknüpfen«

Illouz, 61, ist Professorin für Soziologie an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Sie erforscht die Beziehungen von Emotion, Ökonomie und Kommunikation und hat mehrere Bücher verfasst. Im April erscheint von ihr bei Suhrkamp »Undemokratische Emotionen. Das Beispiel Israel«. Illouz schreibt zudem regelmäßig Kolumnen und Essays, in denen sie sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und seinen Folgen für ihre eigene Gesellschaft beschäftigt.

SPIEGEL: Frau Illouz, die Fundamentalisten der extremen religiösen Rechten sind jetzt in Israel am Ruder, sie besetzen Schlüsselposten der Regierung. Was wollen sie?

Illouz: Den endgültigen Sieg in diesem Konflikt, ein für alle Mal. Dieses Land, alles hier, soll den Juden gehören. Die religiösen Zionisten vertreten nicht einfach andere Positionen, sie wollen den »regime change«. Sie attackieren die humanistischen Grundwerte, verachten das Völkerrecht, wollen die Gewaltenteilung aushebeln.

SPIEGEL: Warum wählen die Israelis Fundamentalisten, die Israel als demokratischstes Land im Nahen Osten abschaffen wollen?

Illouz: Die Frage ist, ob die Mehrheit diese Regierung wirklich so wollte. Oder ob es nicht eher ein Betriebsunfall unseres Wahlsystems war. Jedenfalls gibt es in Israel heute zwei Lager – und die sind eben nicht mehr rechts und links, sondern bestehen aus einer gemäßigten Rechten und der extremen, der messianischen Rechten. Und dann gibt es noch die Ultraorthodoxen, die Strenggläubigen, die großen Einfluss ausüben. Auch sie werden immer nationalistischer. Daran, dass die Linke als politische Kraft verschwunden ist, trägt sie selbst Schuld. Die Arbeitspartei, die lange an der Regierung war, hat aufgehört, über die Besatzung zu sprechen. Sie haben die Palästinenser ihrem Schicksal überlassen und damit angefangen, die Rechte zu imitieren. Aber die Leute sind nicht blöd, wenn sie die Wahl haben zwischen Kopie und Original, wählen sie das Original.

Das Gespräch führte die Redakteurin Julia Amalia Heyer in Friedrichshafen, wo Illouz für ein Seminar war.

SPIEGEL: Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir von der Partei Jüdische Stärke will nun die Todesstrafe für Terroristen prüfen.

Illouz: Ben-Gvir, Finanzminister Bezalel Smotrich und Co. sind radikale Siedler. Ihre Art zu denken folgt reiner Ideologie. Sie wollen Homosexuelle kriminalisieren und an Pessach auf den Tempelberg marschieren, was das fragile Übereinkommen für diese heilige Stätte brechen würde. Arabische Israelis sind für sie keine gleichwertigen Mitbürger. Für sie haben ausschließlich Juden das Sagen. Wenn man verstehen will, wie sie ticken, sollte man sich den Ku-Klux-Klan anschauen. Gewalt ist für sie ein legitimes Mittel, die religiöse und ethnische Überlegenheit der Juden durchzusetzen.

SPIEGEL: In Deutschland wird die neue Regierung eher mit der von Viktor Orbán in Ungarn verglichen.

Illouz: Dieser Vergleich geht absolut am Kern der Sache vorbei. Das illiberale Ungarn ist nichts im Vergleich zu dem, was jetzt in Israel passiert. In Budapest regieren keine religiösen Extremisten, das ist etwas völlig anderes. Es könnte die größte Krise sein, die Israel seit seiner Gründung 1948 je erlebt hat. Einige dieser Leute wollen einen Halacha-Staat einführen, das bedeutet, es zählen nur noch die religiösen Gesetze des Judentums. Nichtjuden – und Frauen – hätten damit praktisch keine Rechte mehr.

SPIEGEL: Zehntausende Ihrer Landsleute demonstrieren dagegen. Können sie etwas ausrichten?

Illouz: Die Tektonik verschiebt sich gerade in Israel; zum ersten Mal demonstrieren auch Leute wie Netanyahus früherer Verteidigungsminister Moshe Yaalon, ein Ultrakonservativer, ein Falke. Und Politiker wie Naftali Bennett und Avigdor Liberman, die man früher als ultrarechts bezeichnete, gelten jetzt als gemäßigt. Bennett wollte schon vor Jahren Teile des Westjordanlands annektieren, Liberman forderte Loyalitätsgarantien von arabischen Israelis. Vielleicht bringen die Extremisten an der Regierung auch ein ganz neues Lager hervor. Eines, das für Menschenrechte eintritt, jenseits aller Gesinnungen. So etwas gab es bisher in Israel nicht.

SPIEGEL: Wer könnte so ein Lager anführen?

Illouz: Das Problem ist, in Israel gibt es keine große Tradition des Widerstands. Hier wird kaum protestiert oder gestreikt. Ganz anders in Großbritannien oder in Frankreich, wo Menschen das ganze Land zum Erliegen bringen, wenn ihnen ein Vorhaben der Regierung nicht passt.

Mamoun Wazwaz / Anadolu Agency / picture alliance

Jack Guez / AFP

Radikale Siedler in Hebron, Demonstrierende in Tel Aviv

»Heute ist Israel meilenweit von dem entfernt, was es hätte sein sollen.«

SPIEGEL: Warum vertrauen so viele nach wie vor auf Benjamin Netanyahu als Premierminister, dem es vor allem um sein eigenes Wohl zu gehen scheint?

Illouz: Es ist ein wenig wie mit Donald Trump. Und wie die Republikanische Partei hat auch der Likud eine Verwandlung durchgemacht. Wie die Republikaner früher waren die Likudniks in erster Linie Pragmatiker. Menachem Begin, Yitzhak Shamir, Ariel Sharon eingeschlossen. Jetzt aber besteht diese Partei vor allem aus extremistischen Ideologen, aus Menschen mit sehr seltsamen Ideen. Auch Netanyahu selbst hat sich verändert. Man sagt, das liege an seinem Prozess. Er sieht sich jetzt als eine Art zeitgenössischer Dreyfus …

SPIEGEL: … als ein zu Unrecht Beschuldigter. Dabei müsste sich Netanyahu, wäre er nicht Premier, wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht verantworten. Und er scheint sich nicht mehr darum zu kümmern, was die internationale Gemeinschaft denkt.

Illouz: Wer für ihn zählt, sind die US-Republikaner. Auch hier gibt es Parallelen. Was in den USA die weiße Unterschicht ist, sind in Israel die Misrachim, die aus Afrika und Asien eingewanderten Juden. Schon der Likud-Begründer Menachem Begin hat sie zu Wählern seines Blocks gemacht, indem er ihnen Teilhabe suggerierte – freilich ohne groß etwas an ihren miesen Lebensbedingungen zu ändern. Netanyahu hat das übernommen. Viele Misrachim werden heute von der ultraorthodoxen Partei Schas repräsentiert, einer Verbündeten Netanyahus.

SPIEGEL: Deswegen war Arye Deri, der ultraorthodoxe Innenminister, den Netanyahu vor Kurzem wegen seiner Vorstrafe entlassen musste, so wichtig für ihn.

Illouz: Genau. Die Linke dagegen wird einhellig gehasst, dabei war vieles, was sie in den Gründungsjahren gemacht hat, außergewöhnlich. Sie waren aber auch sehr unbedacht. Zum Beispiel David Ben-Gurions Vertrag mit den Ultraorthodoxen: Damit schuf er die Voraussetzungen für eine streng religiöse Gesellschaft.

SPIEGEL: Indem er dieser damals kleinen Gruppe weitreichende Privilegien zugesichert hat.

Illouz: Man sollte einen Staat nie so eng mit der Religion verknüpfen. Religion kümmert sich nicht um Menschenrechte. Versieht man ein Land mit einer so starken religiösen Identität, haben es universelle Rechte schwer. Ich glaube, der Grund dafür, warum wir nun seit fast 60 Jahren ein anderes Volk beherrschen, liegt darin, dass der Staat Israel so viel Rücksicht auf religiöse Sensibilitäten nimmt. Sonst hätte man vielleicht nicht zugelassen, dass sich eine Gruppe Fanatiker im Zentrum der palästinensischen Stadt Hebron ansiedelt.

SPIEGEL: Es ist der einzige jüdische Staat auf der Welt.

Illouz: Ja, aber das bedeutet nicht, dass der Staat als solcher religiös sein muss. Das war sicher nicht die Absicht des Zionismus. Und heute ist Israel meilenweit von dem entfernt, was es hätte sein sollen.

SPIEGEL: Schon vor knapp zehn Jahren sagten Sie uns in einem Gespräch, die wahre Gefahr für Israel komme aus seinem Innern.

Illouz: Israel ist ein merkwürdiges Land, es muss seine Existenz dauernd rechtfertigen – oder meint, sie dauernd rechtfertigen zu müssen. Es wird – noch – als Demokratie gesehen, benimmt sich aber zunehmend wie eine reine Ethnokratie. Israel kennt nur Freund oder Feind, es ist modern und hat doch etwas anachronistisch Primitives an sich, etwas Clanhaftes. Schon früher wurden Minderheiten recht offen diskriminiert. Jetzt sagen Ben-Gvir und Co. es rundheraus: Sie wollen ein majoritäres System.

SPIEGEL: Das bedeutet, die Mehrheit bestimmt, wo's langgeht.

Illouz: Sie bestimmt nicht nur, wo's langgeht, sie dominiert auch diejenigen,

die zur Minderheit gehören. Was zum Teil der Sicherheitslage geschuldet ist. Aber Israel hatte nie ein Problem damit klarzumachen, dass hier eigentlich nur die Juden bestimmen, was passiert.

SPIEGEL: Eine majoritäre Demokratie bedeutet einen Widerspruch in sich.

Illouz: Populisten möchten zwar irgendwie den demokratischen Rahmen aufrechterhalten, zugleich aber eine Art Vorherrschaft der Mehrheit etablieren – vor allem wenn die Minderheiten lautstark mitreden wollen. Wie die Palästinenser. Israel ist der Traum aller Populisten: eine Ethnokratie, die für sich in Anspruch nehmen darf, demokratisch zu sein. Steve Bannon, Marion Maréchal und David Duke, sie alle nehmen sich Israel zum Vorbild.

SPIEGEL: Woher kommt der Rechtsrutsch in der Gesellschaft?

Illouz: Generationen von Israelis kennen nichts als die Besatzung. Der Wunsch nach einem Israel ohne diesen ständigen militärischen Konflikt ist ihnen nicht mehr wichtig. Auch Erziehung und Unterricht sind religiöser und nationalistischer geworden. Und viele Menschen glauben der Angstmacherei der Rechten.

SPIEGEL: Aber bis zu den Extremisten Ben-Gvir und Smotrich ist es trotzdem ein weiter Weg.

Illouz: Ben-Gvir und Smotrich sind das Resultat der sogenannten Kahane-Revolution. Die Kach-Partei des Extremisten-Rabbis Meir Kahane wurde 1988 verboten, es hat nicht lange gedauert, bis ihre Ideologie trotzdem wieder verbreitet wurde. Durch nationalistische Thinktanks und Organisationen, die seit 30 Jahren daran arbeiten, die Linke in Israel zu delegitimieren. Ihre Strategie war so klug wie beharrlich, bezahlt von amerikanischen Milliardären. Fragt man die jüdische Bevölkerung, ob sie lieber demokratisch sein will oder jüdisch, wählen 42 Prozent das Jüdischsein. Es ist ein Paradox: Je ruhiger es in Bezug auf Israel in der Region wird, desto stärker scheint die Vorstellung, bedroht zu werden.

SPIEGEL: Dabei haben erst 2020 mehrere arabische Staaten ihre Beziehungen mit Israel normalisiert, mit den sogenannten Abraham-Abkommen.

Illouz: Netanyahu hat über all die Jahre, die er an der Macht war, vor allem eines getan: Angst geschürt. Vor Iran, vor den Palästinensern, vor Europa. Und er hat die Palästinenser mit den Nazis gleichgesetzt – der effektivste Weg, um sie endgültig zum Feind zu machen. Er mag zurückhaltend bei militärischen Interventionen gewesen sein, aber was seine Sprache betrifft, ist er ein Hetzer.

»Man kann einen souveränen, militärisch starken Staat nicht behandeln, als wäre er ein geschundenes Volk.«

SPIEGEL: Sie selbst haben der Orthodoxie abgeschworen, als Yigal Amir 1995 Premier Yitzhak Rabin ermordete, auch er kam aus dem Dunstkreis der Kahanisten wie jetzt Ben-Gvir.

Illouz: Damals fragte ich mich, was ich eher sei: Jüdin oder Demokratin. Ich hatte vorher nie geglaubt, zwischen diesen Eigenschaften wählen zu müssen, weil ich in Ländern wie Frankreich oder den USA lebte. Dort war es möglich, beides zu sein. In Israel war das anders. Ich sagte mir, hier killt ein Jude einen anderen, und dieser Mörder hat so gar nichts mit mir zu tun. Ich fühlte, Yigal Amir und ich gehörten nicht zum selben Volk. Deshalb ließ ich die Religion sein.

SPIEGEL: Die ersten Wochen der neuen Regierung waren voller Gewalt. Im Westjordanland starben etwa 30 Palästinenser bei Einsätzen der israelischen Sicherheitskräfte sowie durch Siedlergewalt, es folgte der Anschlag in Jerusalem mit sieben Toten.

Illouz: Und das, obwohl wir in Israel alles der Sicherheitsprämisse unterordnen. Für die Sicherheit dürfen Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden, palästinensische Häuser zerstört werden, Familienangehörige gefoltert oder eingesperrt. Die Israelis nehmen das in Kauf, es geht ja um ihre Sicherheit. Die traurige Pointe daran ist, dass diese Politik Konflikt und Gewalt, also Unsicherheit bringt.

SPIEGEL: Viele Israelis hoffen jetzt auf Druck von außen.

Illouz: Das wäre wahrscheinlich das Einzige, was Israel jetzt vor sich selbst retten könnte. Ich frage mich, warum die Welt nicht eingreift. Es ist schwierig, diese zwei Fäden der jüdischen Geschichte zu entwirren: Der eine ist, dass die Juden Opfer eines der schrecklichsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit geworden sind. Und der andere: Juden sind Israelis geworden, sie haben Souveränität erlangt. Man kann einen souveränen, militärisch starken Staat nicht behandeln, als wäre er ein geschundenes Volk. Aber viele Menschen, vor allem Deutsche, können das nicht unterscheiden. Ein moralischer wie analytischer Fehler.

SPIEGEL: Der wiederholt wird. Warum?

Illouz: Das Leben der Israelis ist immer noch überschattet von der Schoa. Manche können nicht zwischen einem Palästinenser und einem Nazi unterscheiden. Und die Deutschen sind so traumatisiert von dem, was sie getan haben, dass auch sie nicht mehr unterscheiden können. Zum Beispiel, wann ein Land Beistand braucht und wann es zur Ordnung gerufen werden muss. Diese Konfusion ist eine direkte Folge der Schoa. Sie hallt bis in unsere Zeit nach.

SPIEGEL: Sie wollten dieses Gespräch auch führen, weil Sie, wie Sie schrieben, nicht wüssten, ob wir Deutschen kapieren, um was es da gerade in Israel gehe.

Illouz: Sagen wir so, ich glaube nicht, dass die Feldzüge, die Felix Klein gegen sogenannte linke Juden führt, hilfreich sind im Kampf gegen Antisemitismus.

SPIEGEL: Klein ist Antisemitismus-Beauftragter der Bundesregierung; seine Einlassungen, zum Beispiel über den kamerunischen Historiker Achille Mbembe, haben auch unter jüdischen Wissenschaftlern für Unmut gesorgt.

Illouz: Ich glaube, was er tut, ist kontraproduktiv. Felix Klein als Nichtjude will uns Juden erzählen, was wir sagen oder was wir nicht sagen dürfen. Das ist etwas merkwürdig, um es vorsichtig auszudrücken.

SPIEGEL: Kritik an der israelischen Regierung wird in Deutschland oft als Antisemitismus eingeordnet.

Illouz: Der deutsche Umgang mit Israel und dem Judentum hat etwas Quasireligiöses. Eine Art Büßerritual? Um rein zu sein, muss man anscheinend auf der Seite der Juden stehen, immer. Wenn dabei etwas Gutes herauskäme für das Judentum oder für Israel, würde ich sagen: bitte, weitermachen! Aber dieses Verhalten bringt weder den Juden noch Israel etwas. Wenn jemand, den Sie lieben, betrunken Auto fährt, werden Sie ihn aufhalten. Zu seinem eigenen Wohl, aber auch für diejenigen, die ihm begegnen könnten. Die Freunde Israels, also all jene, denen dieses Land etwas bedeutet, sollten ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um die Besatzung zu stoppen.

SPIEGEL: Frau Illouz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Netanyahu-Konterfei bei Antiregierungsprotest

Tsafrir Abayov / AP